BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 17. März 1995

60. Stück

187. Verordnung: Arbeitsvermittlung-Prüfungsverordnung — AVPV

188. Verordnung: Automatisationsunterstützte Übermittlung von Daten und Erfassungsbuch gemäß §§ 13 und 14 Grunderwerbsteuergesetz 1987

189. Verordnung: Änderung der Verordnung betreffend den Unterricht in Schreiben und Kurzschrift

190. Verordnung: Höhe der Monatsraten der Remunerationen für Lehraufträge an Universitäten und Hochschulen

187. Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales über die Prüfung der fachlichen Eignung von Personen zur Arbeitsvermittlung (Arbeitsvermittlung-Prüfungsverordnung — AVPV)

Auf Grund des § 17a Abs. 8 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, idF des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 450/1994 wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verordnet:

Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung

§ 1. Zur Prüfung ist zuzulassen, wer die erfolgreiche Ablegung der Reifeprüfung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung und mindestens dreijährige Berufspraxis nachweist. Eine gleichwertige in einem EWR-Vertragsstaat abgelegte Reifeprüfung oder abgeschlossene Berufsausbildung und Berufspraxis ist den inländischen Zulassungserfordernissen gleichzuhalten.

Ansuchen um Zulassung zur Prüfung

§ 2. (1) Das Ansuchen um Zulassung zur Prüfung hat der Prüfungswerber beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales einzubringen. Dem Ansuchen um Zulassung zur Prüfung sind anzuschließen:

1. zum Nachweis des Vor- und Familiennamens geeignete Urkunden,
2. zum Nachweis der Erfüllung der Voraussetzungen für die Zulassung erforderliche Belege und
3. der Nachweis über die Entrichtung der Prüfungsgebühr.

(2) Der Prüfungswerber ist innerhalb von sechs Wochen nach Einbringung des Ansuchens zu verständig, ob er zur Prüfung zugelassen wird.

Prüfungstermin

§ 3. Der Vorsitzende der Prüfungskommission hat nach Maßgabe der Anmeldungen, jedoch mindestens einmal jährlich einen Termin für die Abhaltung der Prüfung festzulegen.

Einladung zur Prüfung

§ 4. Wenn der Prüfungswerber zur Prüfung zugelassen worden ist, ist er nach Festlegung des Prüfungstermins umgehend, spätestens sechs Wochen vor dem Prüfungstermin, zur Prüfung einzuladen. In der Einladung sind dem Prüfungswerber bekanntzugeben:

1. Zeit und Ort der Prüfung,
2. die Gegenstände der schriftlichen und mündlichen Prüfung sowie
3. jene Unterlagen und Hilfsmittel, die er für die schriftliche Prüfung mitzubringen hat.

Prüfungsgebühr

§ 5. (1) Der Prüfungswerber hat als Kostenbeitrag zur Durchführung der Prüfung eine Prüfungsgebühr von 10 vH des Gehaltes eines Bundesbediensteten der Dienstklasse V Gehaltsstufe 2 einschließ-

lich einer allfälligen Teuerungszulage, aufgerundet auf einen durch 50 teilbaren Schillingbetrag, zu entrichten.

(2) Wenn der Prüfungswerber die Prüfungsgebühr selbst zu tragen hat und nachweist, daß die Entrichtung der Prüfungsgebühr in der sich aus Abs. 1 ergebenden Höhe wegen seiner Einkommensverhältnisse oder Sorgepflichten eine erhebliche wirtschaftliche Härte darstellt, so ist die Prüfungsgebühr entsprechend den Einkommensverhältnissen und Sorgepflichten des Prüfungswerbers bis auf zwei Fünftel der Gebühr gemäß Abs. 1 zu ermäßigen.

(3) Zur Bezahlung der Entschädigung an die Mitglieder der Prüfungskommission hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales neun Zehntel der Prüfungsgebühr auf die Mitglieder der Prüfungskommission entsprechend dem Aufwand und der Prüfungstätigkeit der Mitglieder aufzuteilen. Das verbleibende Zehntel ist zur Abdeckung des durch die Abhaltung der Prüfung entstandenen sonstigen besonderen Verwaltungsaufwandes zu verwenden.

(4) Die Prüfungsgebühr ist dem Prüfungswerber zur Gänze zurückzuerstatten, wenn der Prüfungswerber

1. zur Prüfung nicht zugelassen wird,
2. spätestens zehn Tage vor dem Prüfungstermin die Bekanntgabe, vom Prüfungstermin zurückzutreten, zur Post gibt, oder
3. nachweist, daß er an der termingemäßen Ablegung ohne sein Verschulden verhindert war.

Prüfungskommission

§ 6. (1) Die Prüfungskommission besteht aus drei Mitgliedern, die besondere Kenntnisse in den Fachgebieten aufweisen, die die Prüfungsgegenstände bilden, und zwar aus je einem Vertreter der Wirtschaftskammer Österreich und der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte sowie einem Bediensteten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales oder des Arbeitsmarktservice als Vorsitzendem. Die Prüfungskommission faßt ihre Beschlüsse mit Mehrheit.

(2) Für jedes Mitglied der Prüfungskommission sind zwei Stellvertreter zu bestellen.

(3) Die Mitglieder der Prüfungskommission sowie ihre Stellvertreter sind vom Bundesminister für Arbeit und Soziales zu bestellen. Den in Abs. 1 genannten Interessenvertretungen steht hinsichtlich der von ihnen zu entsendenden Vertreter ein Vorschlagsrecht zu.

Prüfungsgegenstände

§ 7. (1) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Prüfungsteil. Der Zeitraum zwischen dem Ende der schriftlichen und dem Beginn der mündlichen Prüfung darf 24 Stunden nicht unterschreiten und vier Wochen nicht überschreiten.

(2) Die schriftliche Prüfung hat sich auf die für die Arbeitsvermittlung notwendigen fachlichen Kenntnisse zu erstrecken und mindestens drei Prüfungsaufgaben aus folgenden Fachgebieten zu umfassen:

1. Arbeitsrecht und Sozialrecht,
2. Grundsätze der Arbeitsmarktpolitik,
3. Beratungs- und Vermittlungstechnik.

(3) Die Erledigung der Prüfungsaufgaben soll von einem gut vorbereiteten Prüfling in zweieinhalb Stunden erwartet werden können. Die schriftliche Prüfung ist spätestens nach dreieinhalb Stunden zu beenden.

(4) Die mündliche Prüfung hat sich auf die für die Arbeitsvermittlung notwendigen Kenntnisse auf folgenden Fachgebieten zu erstrecken:

1. Grundzüge des Arbeitsrechtes und Arbeitnehmerschutzrechtes,
2. Grundzüge des Sozialversicherungsrechtes einschließlich des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALVG),
3. Grundzüge der Arbeitsmarktpolitik einschließlich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG),
4. Grundzüge des Insolvenzrechtes einschließlich des Insolvenz-Entgeltversicherungsgesetzes (IESG),
5. Grundzüge der Berufskunde,
6. psychologische und soziologische Grundlagen,
7. Gesprächs- und Vermittlungsverhalten,
8. Datenschutz.

(5) Die mündliche Prüfung darf außer in begründeten Ausnahmefällen 45 Minuten nicht unterschreiten und 60 Minuten nicht überschreiten.

Art des Nachweises der Befähigung

§ 8. Der gemäß § 17a Abs. 2 Z 4 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vorgeschriebene Nachweis der fachlichen Qualifikation ist durch das Zeugnis über die erfolgreich abgelegte Prüfung (§ 9) nachzuweisen.

Prüfungszeugnis

§ 9. Auf Grund des Beschlusses der Prüfungskommission hat der Vorsitzende der Prüfungskommission dem Geprüften über die bestandene Prüfung ein Zeugnis entsprechend der Anlage zu dieser Verordnung auszustellen. %

Sonstiger Nachweis der Befähigung

§ 10. Personen, welche zum Stichtag 1. Jänner 1992 bei Inhabern der Berechtigung zur Ausübung des Gewerbes der Unternehmensberater einschließlich der Unternehmensorganisatoren (§ 172 GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994) beschäftigt waren, und Personen, welche die fachliche Schulung und die entsprechenden Prüfungen der mit der Arbeitsvermittlung betrauten Bediensteten des Arbeitsmarktservice erfolgreich abgeschlossen haben, erfüllen die fachliche Qualifikation zur Arbeitsvermittlung.

Hesoun

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Geschäftszahl:

Prüfungszeugnis.....
(Vor- und Familienname)

geboren am in

hat sich am 19 . der

PRÜFUNG

zum Nachweis der fachlichen Eignung zur Arbeitsvermittlung gemäß der Verordnung über die Prüfung der fachlichen Eignung von Personen zur Arbeitsvermittlung (Arbeitsvermittlung-Prüfungsverordnung), BGBl. Nr. 187/1995, unterzogen und diese Prüfung laut Beschluß der Prüfungskommission

einstimmig/mehrstimmig *) mit Auszeichnung bestanden *)
einstimmig/mehrstimmig *) bestanden *)

....., am 19

Amtssiegel

Für den Bundesminister:
Der/Die Vorsitzende der Prüfungskommission

*) Nichtzutreffendes streichen.

188. Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die automatisationsunterstützte Übermittlung von Daten und das Erfassungsbuch gemäß §§ 13 und 14 Grunderwerbsteuergesetz 1987 in der Fassung BGBl. Nr. 682/1994

Gemäß §§ 13 und 14 Grunderwerbsteuergesetz 1987, in der Fassung BGBl. Nr. 682/1994 wird — soweit davon auch gerichtliche Eintragungsgebühren betroffen sind, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz — verordnet:

§ 1. Die Übermittlung der Daten der Grunderwerbsteueranmeldungen samt beigefügten Angaben des Erfassungsbuches hat mittels Datenleitung über die Übermittlungsstelle zu erfolgen.

§ 2. (1) Übermittlungsstelle ist die Radio-Austria AG.

(2) Die Übermittlungsstelle ist Dienstleister der für die Erhebung der Grunderwerbsteuer zuständigen Finanzämter im Sinne des § 13 Datenschutzgesetz.

§ 3. (1) Für die Datenübermittlung im Sinne dieser Verordnung durch diejenigen Parteienvertreter, die von der Befugnis zur Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer Gebrauch machen, ist eine Anmeldung bei der Übermittlungsstelle nach dem amtlichen Vordruck erforderlich.

(2) Die Anmeldung zur Teilnahme am Übermittlungsverfahren muß vor Ablauf des Kalendermonats (Anmeldungszeitraum), in dem erstmals von der Selbstberechnungsbefugnis Gebrauch gemacht wird, bei der Übermittlungsstelle eingelangt sein und gilt solange, als die Befugnis zur Selbstberechnung nicht bescheidmäßig aberkannt wurde.

§ 4. (1) Vom Bundesministerium für Finanzen sind Richtlinien zu erstellen, die die Regeln über den Satzaufbau und die Feldinhalte der zu übermittelnden Datensätze enthalten. Diese Richtlinien sind im Amtsblatt der Österreichischen Finanzverwaltung zu veröffentlichen.

(2) Die Datenübermittlung hat diesen Richtlinien zu entsprechen.

(3) Das Erfassungsbuch ist so zu führen, daß die in den kundgemachten Richtlinien vorgesehenen Daten daraus leicht nachprüfbar zu ersehen sind.

§ 5. (1) Die Übermittlung der Daten der Grunderwerbsteueranmeldung samt beigefügten Angaben des Erfassungsbuches hat je Anmeldungszeitraum und Bundesland in einer Sendung zu erfolgen.

(2) Übermittelte Daten können berichtigt oder storniert werden; sind davon die Bemessungsgrundlagen und/oder die Beträge der Grunderwerbsteuer bzw. Eintragungsgebühren nach dem Gerichtsgebührengesetz betroffen, ist eine nochmalige vollständige Übermittlung der Daten der Grunderwerbsteueranmeldung samt beigefügten Angaben des Erfassungsbuches für den betreffenden Anmeldungszeitraum vorzunehmen.

§ 6. (1) Über jede erfolgreiche Sendung ist durch die Übermittlungsstelle (§ 2) dem Parteienvertreter eine Empfangsbestätigung mit folgenden Angaben zu übersenden:

1. Name und Steuernummer des Parteienvertreters
2. Datum und Uhrzeit der Übermittlung
3. Anzahl der richtigen und der fehlerhaften übermittelten Datensätze.

(2) Die Empfangsbestätigung (Abs. 1) kann auch über Datenleitung übermittelt werden.

§ 7. (1) Wird bei den Daten einer Grunderwerbsteueranmeldung bzw. den beigefügten Daten des Erfassungsbuches ein Fehler festgestellt, ist dies dem Parteienvertreter mitzuteilen.

(2) Die Übermittlung der Daten einer Grunderwerbsteueranmeldung ist dann erfolgt, wenn diese Daten einschließlich der beigefügten Daten des Erfassungsbuches durch die Übermittlungsstelle nicht als fehlerhaft erkannt wurden.

§ 8. Die Übermittlung der Daten der Grunderwerbsteueranmeldung samt beigefügten Angaben des Erfassungsbuches hat jeweils nach Ablauf des Kalendermonats (Anmeldungszeitraum), für den die Anmeldung vorzulegen ist, zu erfolgen.

§ 9. Die Verordnung ist auf Grunderwerbsteueranmeldungen für Erwerbsvorgänge, die nach dem 30. Juni 1995 verwirklicht worden sind, anzuwenden. Die Datenübermittlung ist ab 1. August 1995 zulässig. Anmeldungen zur Teilnahme am Übermittlungsverfahren gemäß § 3 sind ab 1. März 1995 zulässig.

189. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, mit der die Verordnung betreffend den Unterricht in Schreiben und Kurzschrift geändert wird

Auf Grund des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 642/1994, insbesondere dessen § 6, wird verordnet:

Die Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht betreffend den Unterricht in Schreiben und Kurzschrift, BGBl. Nr. 171/1969, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift der Verordnung lautet:

„Verordnung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten betreffend den Unterricht in Kurzschrift“

2. § 1 sowie die Anlage A (Österreichische Schulschrift) entfallen.

3. Nach § 3 wird folgender § 4 angefügt:

„§ 4. Der Entfall des § 1 sowie der Anlage A dieser Verordnung durch die Verordnung BGBl. Nr. 189/1995 tritt mit 1. September 1995 in Kraft.“

Busek

190. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Höhe der Monatsraten der Remunerationen für Lehraufträge an Universitäten und Hochschulen

Auf Grund der §§ 2 und 7 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, wird verordnet:

§ 1. (1) Mit Wirkung vom 1. Jänner 1995 betragen die Remunerationen gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, in Verbindung mit Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 43/1995, für jede Semesterwochenstunde eines Lehrauftrages nach

lit. a		2 549,30 Schilling monatlich
lit. b		1 897,40 Schilling monatlich
lit. c		1 245,10 Schilling monatlich.

(2) Die Remunerationen betragen, sofern diese der Umsatzsteuer unterliegen, für jede Semesterwochenstunde eines Lehrauftrages nach

lit. a		2 931,70 Schilling monatlich
lit. b		2 182,— Schilling monatlich
lit. c		1 431,80 Schilling monatlich.

§ 2. Zu den in § 1 genannten Beträgen gebührt in den Monaten März, Juni, September und Dezember noch je eine Sonderzahlung in der Höhe von 50 vH der in § 1 genannten Beträge.

§ 3. Die Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, BGBl. Nr. 71/1994, tritt mit 31. Dezember 1994 außer Kraft.

Scholten